

## **Antrag**

**der Abgeordneten Peter Weiß (Emmendingen), Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Norbert Blüm, Klaus Francke, Siegfried Helias, Joachim Hörster, Rudolf Kraus, Dr. Manfred Lischewski, Marlies Pretzlaff, Erika Reinhardt, Hans-Peter Repnik, Dr. Christian Ruck, Heinz Schemken und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Reformpolitik und Stabilität in den Transformationsstaaten weiter fördern – gegen den Kahlschlag bei der Entwicklungszusammenarbeit**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die Länder Mittel- und Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens befinden sich seit dem Ende der Sowjetunion und dem Fall des Eisernen Vorhangs in einem weiter anhaltenden, dramatischen wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozess. Dieser Prozess ist in den einzelnen Staaten unterschiedlich weit vorangekommen. In einigen Ländern müssen viele Menschen immer noch in großer Armut leben und sind vom wirtschaftlichen Fortschritt ausgeschlossen. Ein großer Teil dieser Staaten sind nach den aktuellen DAC-Richtlinien, den Richtlinien des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD, als Entwicklungsländer eingestuft. Es sind dies Albanien, Armenien, Azerbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Bundesrepublik Jugoslawien, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Mazedonien, Moldavien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

Noch 10 Jahre nach dem Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens müssen in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und in Mazedonien ausländische Soldaten und Polizeikräfte Frieden, Sicherheit und Stabilität gewährleisten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat zusammen mit der Europäischen Union und anderen internationalen Gebern im vergangenen Jahrzehnt in einem hohen Maße den wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa unterstützt. Mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa wurde ein weiteres Instrument geschaffen, um in dieser Region die Entwicklung zur Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte sowie einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu fördern. Deutschland und die Europäische Union handeln in ihrem eigenen Interesse, wenn sie ihre unmittelbaren Nachbarn auf diesem für die Zukunft Europas wichtigen Weg unterstützen. Daher müssen wir den schwierigen Transformationsprozess verlässlich und berechenbar begleiten.

Mit dem von der rot-grünen Bundesregierung und ihrer Parlamentsmehrheit verabschiedeten Bundeshaushalt 2002 ist jedoch in politisch unverantwortlicher Weise das Ende der deutschen Unterstützung für den Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa, den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie den

Stabilitätspakt Südosteuropa eingeleitet worden. Die Finanzmittel zur Unterstützung von Maßnahmen und Projekten in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den Staaten der ehemaligen Sowjetunion werden von 2001 auf 2002 um 15,2 Prozent gekürzt. Der entsprechende Haushaltstitel ist nicht mehr mit Verpflichtungsermächtigungen ausgestattet. Die veranschlagten Mittel dienen nur noch dazu, eingegangene Rechtsverpflichtungen aus früheren Zusagen zu bedienen. Die Bundesregierung hat auch im Zusammenhang mit den Sondermitteln für den Stabilitätspakt Südosteuropa keine Verpflichtungsermächtigungen mehr in den Haushalt eingebracht. Die Projekte im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa sollen bis zum Ende des Jahres 2003 vollständig umgesetzt sein. Handlungs- oder gar Gestaltungsspielräume bestehen nicht mehr, eine Weiterführung ist nicht vorgesehen.

Angesichts des weiterbestehenden dringenden Bedarfs einer Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses in den Ländern Mittel- und Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens und der Sicherung von Stabilität, Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichen Reformen in den Ländern des Stabilitätspaktes Südosteuropa ist eine Beendigung der deutschen finanziellen Hilfen unverantwortbar. Der abrupte Ausstieg Deutschlands aus dem Stabilitätspakt Südosteuropa steht zudem im eklatanten Widerspruch zum Beschluss der rot-grünen Koalitionsfraktionen anlässlich der Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zu dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischen Territorium vom 28. August 2001. In diesem Beschluss wird nämlich eine Erweiterung und eine aktualisierte Zieldefinition des „Stabilitätspaktes für Südosteuropa“ gefordert und eine ausreichende Mittelausstattung für dieses wichtigste strategische Instrument zur Verstärkung und Verstetigung grenzüberschreitender regionaler Kooperation und Konfliktprävention angemahnt. Der eklatante Widerspruch zwischen wohlfeilen Lippenbekenntnissen und dem tatsächlichen Handeln ist offensichtlich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den politischen und wirtschaftlichen Reformprozess in den Transformationsstaaten in Mittel- und Osteuropa, des Kaukasus und Zentralasiens durch entsprechende Programme und Projekte mit deutscher Hilfe auch in den kommenden Jahren zu unterstützen und zu diesem Zwecke im Bundeshaushalt ausreichende Mittel (einschließlich Verpflichtungsermächtigungen) zur Verfügung zu stellen;
2. den Einsatz deutscher Soldaten wie zum Beispiel zur Stabilisierung Mazedoniens durch einen engagierten Beitrag zu den notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reformen zu ergänzen;
3. zur Unterstützung der notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reformen in Mazedonien zusammen mit der Europäischen Union eine Zusage nennenswerten Umfangs bei der Geberkonferenz für Mazedonien zu machen und die Gewährung entsprechender Mittel von der Einhaltung des Rahmenabkommens von Ohrid abhängig zu machen;
4. im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa über das Jahr 2003 für einen deutschen Beitrag zur Programm- und Projektförderung die entsprechenden haushaltsrechtlichen Vorkehrungen zu treffen;
5. in besonderer Weise die Entwicklung der Zivilgesellschaften in den Transformationsstaaten in Mittel- und Osteuropa, des Kaukasus und Zentralasiens zu unterstützen, die für die Entwicklung von Frieden und Demokratie, auch im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa, von besonderer Bedeutung sind;

6. entgegen den derzeitigen Planungen besonders die deutschen Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen bei ihren bereits seit Jahren erfolgreichen Beiträgen zur Etablierung zivilgesellschaftlicher Strukturen in den Transformationsstaaten in Mittel- und Osteuropa, des Kaukasus und Zentralasiens maßgeblich zu unterstützen und nicht wie geplant rund 50 Mio. Euro für deren Arbeit ersatzlos zu streichen;
7. die Instrumente der finanziellen Zusammenarbeit weiterhin so auszustatten, dass die neuentstandenen Klein- und Mittelunternehmen, das privatwirtschaftliche Engagement im Allgemeinen sowie ein leistungsfähiges, modernes Finanz- und Kreditwesen in den Transformationsstaaten in Mittel- und Osteuropa, des Kaukasus und Zentralasiens nachhaltig gestärkt werden;
8. die Beratung und Hilfe beim Aufbau einer modernen und leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung, insbesondere in den Bereichen Justiz, Polizei und Finanzverwaltung einschließlich Zollverwaltung weiterzuführen. Gleiches muss gelten für die Bereiche Dezentralisierung, kommunale Selbstverwaltung und für den Aufbau eines modernen und soliden Banken- und Finanzdienstleistungssystems;
9. politische Stabilität, eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung des Friedens durch eine verstärkte Integration und Zusammenarbeit der Transformationsstaaten in Mittel- und Osteuropa, des Kaukasus und Zentralasiens zu fördern;
10. aus vorstehenden Gründen den Stabilitätspakt für Südosteuropa in eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit zu überführen;
11. den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie des Stabilitätspakts Südosteuropa weiterhin bei dem von ihnen gewünschten Beitritt in die Europäische Union zu helfen sowie eine Einbindung in die transatlantischen Strukturen zu eröffnen.

Berlin, den 29. Januar 2002

**Peter Weiß (Emmendingen)**  
**Klaus-Jürgen Hedrich**  
**Dr. Norbert Blüm**  
**Klaus Francke,**  
**Siegfried Helias**  
**Joachim Hörster**  
**Rudolf Kraus**  
**Dr. Manfred Lischewski**  
**Marlies Pretzlaff**  
**Erika Reinhardt**  
**Hans-Peter Replik**  
**Dr. Christian Ruck**  
**Heinz Schemken**  
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**

